

II-2826 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1393/J

1977 -10- 11

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. BUSEK, Dr. HAUSER, Dr. SCHWIMMER, Dr. KOHLMAIER
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Einschreiten der Staatsanwaltschaft bei Ehrenbeleidigungen
im Rahmen von Gemeinderatssitzungen

Wie Berichten in den Massenmedien zu entnehmen war, hat sich
Bürgermeister Gratz durch eine im politischen Zusammenhang
gefallene Äußerung des Gemeinderats Dr. Goller während einer
Rede im Wiener Gemeinderat in seiner Ehre als Beamter verletzt
gefühl. Bürgermeister Gratz hat daraufhin nicht nur seine Rechts-
anwälte, sondern sogar die Staatsanwaltschaft Wien bemüht, welche
die Auslieferung des Dr. Goller beantragt hat. Diesem Antrag
wurde vom Wiener Landtag einstimmig nicht stattgegeben, weil die
Äußerung Dr. Gollers in einer Gemeinderatssitzung im politischen
Zusammenhang abgegeben worden war.

Es mutet sehr sonderbar an, daß sich ein Bürgermeister mit einer
Äußerung eines gewählten Mandatars der Opposition nicht politisch,
sondern beim Bezirksgericht auseinandersetzt. Es mutet noch sonder-
barer an, daß sich ein Politiker in einem Rückfall in die Amts-
kapplmentalität dazu der Staatsanwaltschaft bedient hat.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

- 1) In wieviel Fällen wurden in den vergangenen Jahren Auslieferungsbegehren wegen im politischen Zusammenhang abgegebener, angeblich ehrenrühriger, gegen den Bürgermeister gerichteter, Äußerungen von Gemeinderäten gestellt ?
- 2) In wieviel von diesen Fällen ist die Staatsanwaltschaft eingeschritten, weil sich der beleidigte Bürgermeister in seiner Ehre als Beamter getroffen fühlte ?